

Die Moabiter Orgel

sind bekanntlich ebenso wie nachher die Ruhestörungen in Bremen und an anderen Orten aus Reibereien zwischen Streifenden und Arbeitswilligen hervorgegangen. Gegen den polizeilichen Schutz für die Arbeitswilligen sammelten sich in Moabit große Menschenmassen an, die mit Schreien und Loben, mit Steinwürfen und Revolvererschüssen, mit Zertrümmerung von Laternen und Läden gegen die Beamten und die öffentliche Sicherheit und Ordnung angingen. (Rufe: O! bei den Soz., große Unruhe.) Erst hieß es in der sozialdemokratischen Presse, es sei nur niedriger Wöbel, lichtscheues Gefindel, Janhagel gewesen, der da zusammengelaufen sei und Rohheitsakte verübt habe. Aber unter den Verhafteten waren einige 40 Personen, die politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind, und wenn selbst der größere Teil der Moabiter Tumultuanten als Mob und Janhagel gelten könnte, so wäre damit nur bewiesen, daß die Sozialdemokratie nicht, wie sie sich rühmt, allerwege imstande ist, ihn im Zaum zu halten. Es ist doch kein Wunder, sondern ein ganz folgerichtiges Geschehen, daß, wer Wind sät, Sturm erntet. (Zustimmung rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Kultus der Sozialdemokratie gilt der Macht der brutalen Zahl, alle ihre Veranstaltungen, so noch, wie schon erwähnt, der Magdeburger Parteitag, sind von diesem Kultus erfüllt. Damit werden die Massen selbst zu einem Dinkel erzogen, der sich in deren schlechteren und schlechtesten Elementen in eine wilde Aufschneung gegen den gesellschaftlichen Zustand umsetzt. Mit der Janhageltheorie ist es also nichts. Der „Vorwärts“ hat sie denn auch bald verlassen und dafür die Provokationstheorie aufgestellt, die gestern der Abg. Scheidemann hier wiederholt hat, d. h. die Kravalle sollen von der Polizei künstlich und womöglich planmäßig und in höherem Auftrag durch brutales Vorgehen inszeniert worden sein. Der „Vorwärts“ schrieb sogar, daß einem Bechengewaltigen, einem Geldproben zuliebe — gemeint war der Bechensbestitzer Stinnes — ein Schredensregiment errichtet worden sei. Kann man mit solchen willkürlichen, unbewiesenen, unbeweisbaren, ja unsinnigen Behauptungen

die moralische Mitschuld abwachen?

(Großer Lärm bei den Soz.) (Zuruf: Wollen Sie die Zeugen beeinflussen? Lärm rechts. Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Das Haus hat gestern Ihren (zu den Sozialdemokraten) Redner ruhig angehört, unterbrechen Sie auch den Herrn Reichskanzler nicht!) Sie können es nicht. Ihrer Wirkung nach können diese Behauptungen vielmehr nichts anderes sein als Ermunterungen zu neuen Straßenkämpfen, ein Teil von jener Kraft, die mit allen Mitteln die Massen in Erbitterung gegen Obrigkeit und Staat hineinzubringen sucht. Dieses nachträgliche Verhalten zu den zügellosen Ausbrüchen in Moabit stimmt ja ganz zusammen mit den taktischen Lehren, die von den Führern der Sozialdemokratie jahrzehntelang erteilt worden sind, nämlich Erbitterung und Schreden bei den Besitzenden zu erzeugen, die Konflikte mit der bürgerlichen Gesellschaft immer mehr zuzuspitzen und so auf den großen Entscheidungskampf um die politische Macht hinzudrängen. (Zurufe bei den Soz.) Sie wollen dagegen protestieren, meine Herren? Lesen Sie's nach bei Ihren literarischen Gröhen, z. B. bei Kautsky. Die Stimmung, die in Moabit losbrach, die wollen Sie haben, auf die arbeiten Sie zielbewußt hin. Daß Ihnen der Anlaß, daß Ihnen der Zeitpunkt, daß Ihnen auch die Verwüstungen des Moabiter Janberlehrlings nicht passten, ändert nichts an dem Kern der Sache. Sollen wir deshalb zu außerordentlichen Mitteln unsere Zuflucht nehmen? Nötigt uns die wahre Lage der Dinge zu dem Eingeständnis, daß die Staatsautorität nicht mehr imstande sei, sich der im Ziele gesetzwidrigen Machtpolitik der Sozialdemokratie mit Hilfe des gemeinen Rechtes und Gesetzes zu erwehren? Fürst Bülow hat von dieser Stelle aus zu wiederholten Malen erklärt, daß Reich und Staat, Monarchie und bürgerliche Gesellschaft bei furchtloser Anwendung der vorhandenen gesetzlichen Mittel wohl imstande sind, jeden Versuch des Umsturzes zu unterdrücken. Meine Herren, der Ansicht bin auch ich.

Vorschläge zu Ausnahmegesetzen mache ich Ihnen nicht.

(Bravo bei den Natl. und links.) Sehr mit Recht hat der Abg. Bebel in Magdeburg seinen süddeutschen Genossen auseinandergesetzt, eine wie eigene Sache es um den preussischen Staat sei. Dieser preussische Staat läßt sich weder durch Demonstrationen noch durch Zeitungen, noch durch sonst etwas erobern. Was die Sozialdemokratie höchstens vermag, ist, viele Menschen aus den von ihr organ-

tinisch umschmeicheln und aufgeregten Massen ins Glend zu bringen. Das deutsche Volk ist in seinem Kern gesund, es kann von der Sozialdemokratie wohl erregt und verführt werden, aber ihre Endziele lehnt das deutsche Volk ab. (Lebhaftes Bravo.) Unbekümmert um alle Agitation und fast stets im Widerspruch mit der Sozialdemokratie, hat der Staat eine soziale Gesetzgebung geschaffen, die weitergeht als die aller anderen Länder der Erde. Darin wird er sich auch in Zukunft nicht irremachen lassen. Soziale Fürsorge zum Schutz und Wohl der landwirtschaftlich Schwächeren hat mit der Stellung des Staates zur Sozialdemokratie nicht das geringste zu schaffen. Aber so gut es der Staat als seine Pflicht anerkannt hat, diese Fürsorge zu treiben, genau so ist es seine Pflicht, alle gewalttätigen, gesetzwidrigen Angriffe auf seine Ordnung und auf die friedliche Entwicklung des Staatswesens unter

Anwendung aller zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel mit rücksichtsloser Energie niederzuschlagen. Diese Energie wird in gleichem Maße wachsen, wie die Heftigkeit der Angriffe. (Bravo.)

M. S., ich habe auf die praktischen Arbeiten hingewiesen, die uns in der Gegenwart und in der näheren Zukunft bevorstehen. Diese Aufgaben, die doch schließlich dem Leben der Nation die Richtung geben, enthalten nichts, was sich in seiner Tendenz als rückschrittlich charakterisieren ließe. Will man sie nach den Stichworten freiheitlich oder rückschrittlich registrieren, so trifft gewiß nicht das letztere zu. Die Einheit unseres Rechtes, die Stärke des Heeres, die Gründung einer deutschen Flotte, unsere soziale Gesetzgebung, unsere Wirtschaftspolitik — Konervative, Zentrum, Liberalismus, ihrer Arbeit steht darin, ihrer aller Verdienst ist mit diesen Errungenschaften verbunden. Nur durch gemeinschaftliche Arbeit aber kann stark und gesund erhalten werden, was durch gemeinschaftliche Arbeit geschaffen ist. Schalten Sie dauernd einen Teil aus — zum Wohle des Vaterlandes wird das nicht ausschlagen. Und nur diesem Wohle zu dienen, haben wir ein Recht, aber, m. S., auch die Pflicht. (Leb. wiederholter Beifall; Rufen b. d. Soz.)

Der Reichskanzler über die auswärtige Politik.

Noch ein zweites Mal griff der Kanzler in die Diskussion ein, nachdem der nationalliberale Führer Passer mann gesprochen hatte, der auch die auswärtige Politik in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Herr von Bethmann Hollweg versagte es sich, ein Exposé der internationalen Lage zu geben, und beschränkte sich darauf, Auskunft über einige Deutschland speziell angehende Punkte zu erteilen. Er dankte den Ministern Österreich-Ungarns und Italiens für die warmen Worte, die sie der Dreibundpolitik gewidmet haben, erörterte die Gründe, die uns veranlaßt haben, die türkische Regierung durch Abschluß der Anleihe zu stärken, und gab dann formulierte Erklärungen über unser Verhältnis zu England und Rußland ab, von denen namentlich die letztere bedeutend erschien, da sie mitteilte, daß Deutschland und Rußland übereingekommen sind, keine Politik zu unterstützen, die eine aggressive Spitze gegen eine von beiden Mächten enthält.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der deutsche Kronprinz. Die „Tägl. Rundsch.“ tritt einer falschen Anschauung über das Wesen des Kronprinzen entgegen, die annahm, derselbe habe nur Interesse für Sport und Unterhaltung leichter Art. Dem ist nicht so. Der Kronprinz hat großes Interesse für höhere Ziele, er vermeidet nur aus leicht begreiflichen Gründen ein öffentliches Hervortreten. Im Sport möchte er eine neue deutsche Sportart, die alle Kreise interessieren könnte und vom Ausland unabhängig ist.

Die Jubiläumstagung (25.) der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin vereinigte sich gestern nachmittag um 6 Uhr — nachdem vormittags auf dem Grundstück des Geschäftshauses in der Dessauer Straße die Enthüllung der Portraitsreliefs von Fein, von Nathusius, A. Schulz-Lupitz und W. Wölbling stattgefunden hatte — die Teilnehmer zu einem Festmahl im Landesausstellungspark. Anwesend waren u. A. die Minister von Schorlemer und Delbrück, Staatssekretär von Lindquist, die Gesandten von Brandenstein und Klügmann, Präsident Graf Schwerin-Löwitz, Vizepräsident Dr. Krause. Das Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und die freien Städte brachte Rittergutsbesitzer von Stockhausen aus.

In der Kommission des Reichstags zur Beratung der Zuwachsteuer wurde ein Antrag auf Einführung der Steuerpflichtigkeit der Landesherrn mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen wird die Steuerfreiheit der Bundesstaaten und der Gemeinden aufrechterhalten. Ferner wird die Steuerfreiheit gemeinnütziger Vereinigungen zu Zwecken innerer Kolonisation, zur Errichtung von Wohnungen, Grundentschuldung und dergleichen beschlossen. Sodann wird auf Antrag verschiedener Parteien ein § 37a eingefügt, dahin lautend: „Auf Antrag des Grundstücksunternehmers ist diesem von der Steuerbehörde ein Bescheid über die bis dahin feststellbaren Berechnungsgrundlagen für sein Grundstück oder für Teile davon zu erteilen. Der Bescheid unterliegt den gegen den Steuerbescheid gegebenen Rechtsmitteln, die in dem Bescheid getroffenen Festsetzungen sind für die spätere Veranlagung maßgebend. Die Kosten der Ermittlung und des Rechtsmittelfahrens fallen dem Antragsteller zur Last. Außerdem ist für die Erteilung des Bescheides eine Gebühr in Höhe von 1/2 vom Tausend des Erwerbspreises zuzüglich der Aufwendungen (§ 10, Ziffer 1-4), mindestens aber von 20 M. zu entrichten.“ — Die weiteren Verhandlungen werden auf Montag festgesetzt.

Die Aussichten des Schiffahrtsabgabentwurfs verschlechtern sich übrigens zusehends. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht aus Oesterreich oder Holland Kundgebungen maßgebendster Stellen bekannt würden, wonach die Regierungen und Parlamente dieser Länder nicht im entferntesten daran dächten, in punkto Schiffahrtsabgaben mit sich reden zu lassen. Die Regelung des Verhältnisses zu diesen beiden Staaten ist aber so sehr der Angelpunkt der ganzen Frage, daß die Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs im Reichstage eigentlich gar keinen Zweck hat, bevor nicht diese Verhältnisse völlig geklärt sind. Da solches unmöglich erscheint, hat sich der Reichstagskommission, die den Regierungsentwurf beackern soll, eine gewisse Mutlosigkeit bemächtigt. Man hat dort keine Lust, kostbare und vermutlich lange Zeit zu vergeuden, damit der Papierford der Regierung mit Material versehen wird. Die Reichstagskommission verlangt deshalb mit vollem Recht von vornherein eine gewisse Gewähr für das Zustandekommen einer Vereinbarung mit unseren Nachbarländern. Mit Wünschen und Hoffnungen, wie sie der Reichskanzler und der Minister v. Breitenbach im Reichstage ausgesprochen haben, ist da nicht viel anzufangen. Vom praktischen Standpunkte aus dürfte es am geratensten sein, den letzten Versuch einer Verständigung mit Oesterreich und Holland zu machen; bleibt er ergebnislos, so lasse man den Entwurf in die bekannte Vertikung verschwinden.

Bismarck über die deutsch-englischen Beziehungen. In einem Artikel der Zeitschrift erwähnt Graf Reventlow folgende bisher wenig bekannte Äußerung Bismarcks über den Grund des schlechten Verhältnisses zwischen England und Deutschland: „Benige Monate vor seinem Tode wurde Bismarck brieflich durch den bekannten englischen Schriftsteller Sidney Whitmann gefragt, ob er nicht ein Mittel wisse, um das schlechte Verhältnis zwischen England und Deutschland zu bessern. Bismarck ließ durch seinen Schwiegersohn darauf antworten: Er bedauere, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige ihm bekannte, das darin bestünde, daß wir unserer deutschen Industrie einen Jaum anlegten, nicht gut anwendbar sei.“

Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Müller fand am 7. Dezember im Landeshause der Provinz Brandenburg die diesjährige Beiratsitzung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt statt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten berichtete der Abteilungsvorsteher der Zentralstelle Marineparrer a. D. Weider ausführlich über den augenblicklichen Stand der Jugendpflegebewegung in Deutschland und insbesondere über die bisherige Tätigkeit der Zentralstelle auf diesem Gebiete, die in erster Linie darauf gerichtet ist, die mannigfachen Bestrebungen, die auf dasselbe Ziel hinarbeiten, einander näher zu bringen. Die ausgiebige Diskussion, die sich an den Vortrag angeschlossen, brachte den allgemeinen Wunsch zum Ausdruck, daß die Zentralstelle auf dem mit Erfolg eingeschlagenen Wege weiter fortschreiten möge. Im weiteren Verlaufe der Tagung wurde über das bereits auf der letzten Konferenz der Zentralstelle in Braunschweig im Juni dieses Jahres behandelte und inzwischen durch eine Kommission weiter bearbeitete Thema der Bekämpfung der Schundliteratur ver-

Ein
neuen
am La
großen
statt.
nern an
den le
Gebäde
der Bek
Kö
fion de
vor.
dar ge
stimmu
Arbeits
Minist
fluchs,
stehend
das ni
präside
Polen
den C
quenze
samten
Ch
einer
duinen
Toten
nieder
schlach
Gesch
stört n
seien
nunnt
haben
Jubil
Garni
finden
B
Sonn
nabe
hinter
leuten
aus
D
Louri
Die
Austri
D
gibt
Komm
Giese,
und
65
werde
hohen
Schlu
sperrt
Zaber
hunge
schle
B
medy
nach
D
Dri
(1
„A
gibt“
haupt
„A
sagte
Herbe
er ist
„A
fragte
„A
law d
zen h